

Wahlen in Bolivien: Bekannter Präsident – unbekanntes Parlament

■ Zweite Amtszeit für Sánchez de Lozada

Am 6. August 2002 trat Gonzalo Sánchez de Lozada, der bereits in den Jahren 1993 bis 1997 Staatspräsident Boliviens gewesen war, zum zweiten Mal das Amt des Präsidenten an. Vizepräsident wurde der unabhängige Journalist Carlos Mesa. Sánchez de Lozada hatte als Kandidat der Mitte-Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) am 4. August nach einer gut 24-stündigen Marathonsitzung des neu gewählten Kongresses die Stichwahl um das Präsidentenamt gewonnen. Die Stichwahl war notwendig geworden, da keiner der Präsidentschaftskandidaten in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 30. Juni 2002 die absolute Mehrheit erreicht hatte. Die beiden erstplazierten Kandidaten, „Goni“ Sánchez de Lozada und Evo Morales, Anführer der Kokapflanzer im Chapare und angetreten für die Partei Movimiento al Socialismo, (MAS) mussten sich daher, wie es die Verfassung vorschreibt, im Parlament einem weiteren Wahlgang stellen. Dabei galt es, die absolute Mehrheit, also mindestens 80 von 157 Stimmen, zu erringen. Sánchez de Lozada gewann mit 84 Stimmen, Morales erhielt 43 Stimmen, 26 Parlamentarier wählten ungültig (*votos nulos*), und zwei enthielten sich (*votos en blanco*).

Mit der Stichwahl endete ein Wahlprozess mit zahlreichen Überraschungen und komplizierten Koalitionsverhandlungen. Entgegen den wichtigsten Meinungsumfragen war es bei den Präsidentschafts-

Am 6. August 2002 trat Gonzalo Sánchez de Lozada zum zweiten Mal das Amt des Präsidenten Boliviens an. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten in den Wahlen vom 30. Juni die absolute Mehrheit gewonnen hatte, kam es am 4. August im Parlament zur Stichwahl zwischen Sánchez de Lozada, dem Kandidaten der Mitte-Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario, und dem Anführer der Kokapflanzer, Evo Morales, der für die Partei Movimiento al Socialismo angetreten war und überraschend die zweitgrößte Stimmenzahl gewonnen hatte. Im neuen Parlament sieht man viele unbekannte Gesichter, deutlich mehr Vertreter der indigenen Bevölkerung und mehr Frauen.

und Parlamentswahlen in Bolivien zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Gonzálo Sánchez de Lozada, Evo Morales und dem Rechtspopulisten Manfred Reyes Villa von der Partei Nueva Fuerza Republicana (NFR) gekommen. Der Abschluss der Stimmenauszählung, die mehrere Tage dauerte, wurde mit Spannung erwartet, da die Erstplatzierungen mehrmals im Verlauf der Auszählung wechselten. Am Ende gewann Gonzalo Sánchez de Lozada mit 22,46 Prozent der Stimmen, an zweiter Stelle lag Evo Morales mit 20,94 Prozent und auf den dritten Platz kam Manfred Reyes Villa mit 20,91 Prozent.¹⁾ Reyes Villa, ehemaliger Militär und über vier Amtszeiten Bürgermeister von Cochabamba, konnte sich vor den Wahlen mehreren Umfragen zufolge schon als sicherer Sieger wännen; um so größer war die Enttäuschung, als er mit der knappen Differenz von 721 Stimmen sogar den zweiten Platz und damit die Möglichkeit der Teilnahme an der Stichwahl verpasste.

Nach gut zwei Wochen Unsicherheit über die politische Zukunft des Landes unterzeichneten Sánchez de Lozada und Jaime Paz Zamora, Präsidentschaftskandidat und Anführer des sozialdemokratisch orientierten Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR), am 25. Juli eine Vereinbarung, die Sánchez de Lozada und dem Vizepräsidentschaftskandidaten Mesa den Weg zur Präsidentschaft ebnete. Unterstützung erhielt das Bündnis von den Parteien UCS (Unión Cívica Solidaridad) und ADN (Acción Democrática Nacionalista). Im Falle von ADN galt die Unterstützung nur für die Stichwahl zum Präsidentenamt, während UCS an der Regierung beteiligt ist.

1) Zu den im gesamten Text genannten Zahlen bezüglich des Wahlergebnisses s. die Website des Nationalen Wahlgerichtshofs, Corte Nacional Electoral, <www.cne.org.bo>.

Der Unternehmer und Politiker Gonzalo Sánchez de Lozada Sánchez Bustamante, geb. 1930 in La Paz, Bachelor of Arts an der University of Chicago, gründete 1962 COMSUR, eines der größten Minenunternehmen Boliviens, Abgeordneter des MNR von 1997 bis 1980, Senator ab 1985, Minister für Planung von 1986 bis 1988, Vorsitzender des MNR, von 1993 bis 1997 Staatspräsident, in der ersten Amtszeit umfangreiche Reformmaßnahmen: Kapitalisierung der staatlichen Unternehmen, Einführung der Altersrente Bonosol, Justizreform, Verfassungsreform, Dezentralisierung, Einführung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, ab 6. August 2002 zweite Amtszeit als Staatspräsident.

Der Journalist und Unabhängige Carlos Diego Mesa Gisbert, geb. 1953 in La Paz, Literaturwissenschaftler, Journalist, Eigentümer der mehrheitlichen Anteile des Fensehenders P.A.T., bis zur Kandidatur für das Vizepräsidentenamt Direktor des Senders, Sympathisant des MNR, aber unabhängig, seit 6. August 2002 Vizepräsident Boliviens und damit Kongresspräsident, Sonderaufgabe innerhalb der Regierung: Bekämpfung der Korruption.

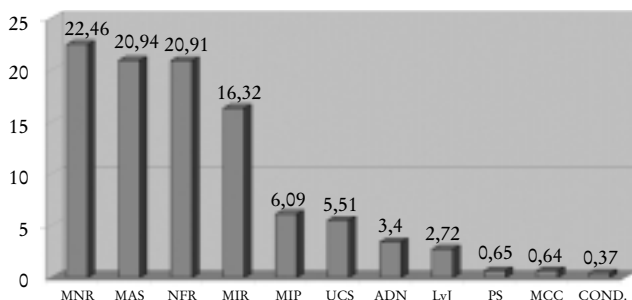
■ Das Wahlergebnis im Überblick

In den Wahlen vom 30. Juni wurde über den Präsidenten, Vizepräsidenten, 27 Senatoren und 130 Abgeordnete abgestimmt. In der Verfassungsreform von 1994/95 war nach deutschem Vorbild eine Kombination von Listen- und Direktwahl eingeführt worden: im oberen Streifen des Wahlzettels (hier deutlich sichtbar abgebildet) wird für den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten, die Senatoren und die Listenabgeordneten gestimmt, im unteren Streifen (hier schwach dargestellt) für den Direktkandidaten im Wahlkreis:



Quelle: www.cne.org.bo

Elf Parteien bzw. Parteienallianzen hatten sich zur Wahl gestellt. Die Verteilung der im oberen Teil des Wahlzettels abgegebenen Stimmen sieht im Überblick folgendermaßen aus (Angaben in Prozent):



MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario
MAS	Movimiento al Socialismo
NFR	Nueva Fuerza Republicana
MIR	Movimiento de la Izquierda Revolucionaria
MIP	Movimiento Indígena Pachakuti
UCS	Unión Cívica Solidaridad

ADN Acción Democrática Nacionalista
 LyJ Libertad y Justicia
 PS Partido Socialista
 MCC Movimiento Ciudadano para el Cambio
 COND. Conciencia de Patria

Die Veränderungen im Vergleich zu den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1997 bieten folgendes Bild (Angaben in Prozent):²⁾

2) Für die Wahlen von 1997 werden nur die Parteien berücksichtigt, die auch 2002 angetreten sind.

3) Ein Vorläufer des MAS hatte 1997 in dem Wahlbündnis Izquierda Unida (I.U.) an den Wahlen teilgenommen. I.U. erhielt 3,71 Prozent der Stimmen.

4) MNR ging für die Wahlen von 2002 eine Allianz mit dem Movimiento Bolivia Libre (MBL) ein, MNR – Nueva Alianza. MBL hatte 1997 3,09 Prozent der Stimmen erzielt, er wird in der Tabelle nicht berücksichtigt.

5) NFR hatte bei den Wahlen von 1997 an einem Bündnis mit ADN teilgenommen.

6) Zu den Zahlen der Parteien, die an den Wahlen 1997 teilgenommen haben, s. Corte Nacional Electoral, <www.bolivian.com/cne/nal-r.html>.

Jahr	1997 ⁶⁾	2002	Diff.
ADN	22,26	3,40	– 18,75
CONDEPA	17,16	0,37	– 16,76
LyJ	–	2,72	–
MAS ³⁾	–	20,94	–
MCC	–	0,62	–
MIP	–	6,09	–
MIR	16,77	16,32	– 1,17
MNR ⁴⁾	18,20	22,46	4,20
NFR ⁵⁾	–	20,91	–
PS	–	0,65	–
UCS	16,11	5,51	– 10,91

■ Saubere Wahlen

Die Zahl der eingeschriebenen Wähler war so hoch wie nie zuvor, eine allgemeine Überraschung, da keine besondere Kampagne zur Wählereinschreibung oder Einwohnerregistrierung stattgefunden hatte. Dies gab vor den Wahlen Anlass zu Besorgnis über mögliche Doppeleinschreibungen in den Wählerlisten, die zu Fälschungen führen könnten. Die Wahlen verliefen ruhig und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die Beobachter der Organisation Amerikanischer Staaten und der Andengemeinschaft bestätigten einen Wahlverlauf ohne besondere Vorkommnisse.

Noch kurz vor den Wahlen waren Boykottaktionen befürchtet worden, da eine Reihe von indigenen Bevölkerungsgruppen sich auf einem Protestmarsch nach La Paz befand und eine Verfassungsgebende Versammlung forderte, und Minenarbeiter aus der Nähe von Oruro u.a. die Wieder-Verstaatlichung eines vor kurzem privatisierten Unternehmens verlangten und bei Nichterfüllung ihrer Forderungen mit dem Boykott der Wahlen im Department Oruro drohten. Da die Regierung den Forderungen teilweise nachgab, kam es nicht zu den befürchteten Ak-

tionen, und die Wahlen konnten wie vorgesehen durchgeführt werden.

Im Anschluss an die Verkündung des Wahlergebnisses versuchte die NFR, die, wie gesagt, mit nur wenigen hundert Stimmen Abstand zum zweitplatzierten MAS auf den dritten Platz gekommen war, beim Nationalen Wahlgerichtshof eine Klage wegen eines Computerfehlers bei der elektronischen Erfassung der Abstimmungsergebnisse einzureichen. Die Klage wurde vom Wahlgerichtshof wegen unzutreffender Voraussetzungen abgewiesen.

■ Gewinner und Verlierer

Für Überraschung sorgte besonders die Partei von Evo Morales, dem Anführer der Kokapflanzer im Chapare, Movimiento al Socialismo (MAS), die mit 20,94 Prozent das zweitbeste Ergebnis erzielte. Neben der ländlichen, indigenen Bevölkerung konnte MAS anscheinend vor allem Wähler des linken Spektrums und des Gewerkschaftssektors erreichen, die auf der Suche nach einer „Wahlheimat“ waren, und Protestwähler.

Angesichts der Meinungsumfragen und des Klimas der Unzufriedenheit mit den „traditionellen“ Parteien oder „Systemparteien“ kam der Sieg des „traditionellen“ MNR ebenso unerwartet wie der dritte Platz der NFR, die sich schon als klarer Sieger geglaubt hatte. Die Umfragewerte hatten vorher ein deutlich anderes Bild gezeichnet. Hier stellt sich nun die Frage nach der Qualität der Umfragen oder möglichen Manipulationen. Die Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl begünstigte bei der Besetzung von Senat und Abgeordnetenhaus den MNR, der besonders in bevölkerungsschwachen Departments Stimmen gewann und nun relativ stark im Parlament vertreten ist.

Die NFR war so siegesgewiss, dass Vertreter der Partei wenige Tage nach den Wahlen, als die Stimmenauszählung noch in Richtung auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen wies, bereits den Sitz der Regierung besuchten, um sich bezüglich der Übergabe der Regierungsgeschäfte zu informieren. Nachdem Manfred Reyes Villa sich aus den Verhandlungen über eine Regierungskoalition mit dem MNR von Jaime Paz hatte hinausmanövrieren lassen, wurde das Ergebnis

durch die NFR erneut angefochten. Angeblich habe sich ein Hacker Zutritt zum Computer des Nationalen Wahlgerichtshofs verschafft und die Auszählung geändert.

Deutliche Verlierer der Wahlen waren die Acción Democrática Nacionalista (ADN), die vom im Mai des Jahres verstorbenen Ex-Diktator Banzer gegründete Partei, die in der vorangegangenen Regierungskoalition den Staatspräsidenten stellte, mit 3,4 Prozent und die Unión Cívica Solidaridad (UCS), die vom inzwischen verstorbenen Brauereibesitzer Max Fernández ins Leben gerufen worden war, mit 5,51 Prozent. Den dramatischsten Verlust erlitt CONDEPA (Conciencia de Patria) mit einem Ergebnis von unter einem Prozent. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf die innere Zerstrittenheit der Partei zurückzuführen, die nach dem Tod ihres charismatischen Führers und Mitbegründers Carlos Palenque nicht in der Lage war, ein neues Oberhaupt zu bestimmen.

Zu beachten beim Ergebnis dieser Parteien ist die Tatsache, dass alle drei der Regierungskoalition der Legislaturperiode 1997 bis 2002 angehörten (CONDEPA schied frühzeitig aus, allerdings stimmte ein Teil der Abgeordneten weiter gegen Bezahlung mit der Regierung) und ihr schlechtes Wahlergebnis zum Teil auf die erfolglose Ausübung der Regierungsverantwortung zurückzuführen ist. Der Linkspartei Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR) mit ihrem Kandidaten Jaime Paz Zamora, dem Staatspräsidenten der Jahre 1989 bis 1993, ebenfalls Mitglied der Koalition, gelang es dagegen, vom Wähler nicht für die Misserfolge der Regierung verantwortlich gemacht zu werden. Die Partei erhielt 16,32 Prozent der Stimmen und lag damit im Rahmen der Ergebnisse der letzten Wahlen.

Ein beachtenswertes Ergebnis erzielte der Movimiento Indígena Pachakuti (MIP), die im November 2000 von dem radikalen Anführer der Kleinbauern, Felipe „Mallku“ Quispe, gegründete Partei, die besonders unter den Aymara im Hochland ihre Anhänger findet. Der „Mallku“ erhielt 6,9 Prozent der Stimmen. Libertad y Justicia (LyJ), die noch neue Protestpartei des ehemaligen Richters Alberto Costa Obregón, deren Hauptforderung die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung war und die

anfangs einen großen Wählerzuspruch erwarten ließ, konnte nur unter 3,0 Prozent der Stimmen erzielen. Auch René Blattmann, ehemaliger Justizminister in der ersten Regierung Sánchez de Lozada, der mit seiner Partei Movimiento Ciudadano para el Cambio (MCC) ebenfalls einen radikalen Wandel versprach, fand nur wenig Wähler (0,7 Prozent).

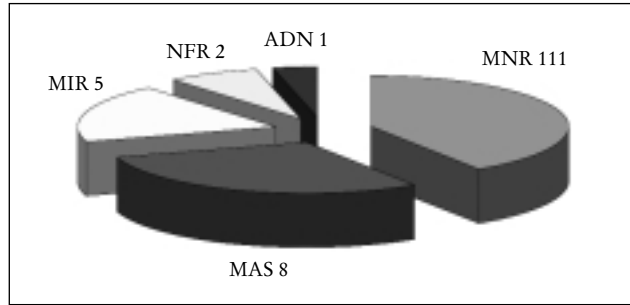
Vier der zu den Wahlen angetretenen Parteien verlieren nun ihre Rechtspersönlichkeit, da sie nicht die erforderliche Mindestzahl von drei Prozent der Stimmen erhielten: die beiden „neuen“ Libertad y Justicia und Movimiento Ciudadano para el Cambio und die beiden „alten“ Conciencia de Patria und Partido Socialista. ADN entging recht knapp diesem Schicksal. Die glücklose Regierungsführung und weit reichende Korruptionsvorwürfe hatten zum schlechten Wahlergebnis der ADN geführt. Hier bleibt nun abzuwarten, ob sich die Partei einem Erneuerungsprozess unter dem Vorsitz von Jorge „Tuto“ Quiroga, dem letzten Staatspräsidenten, unterziehen wird. Dies wird wesentlich vom Willen Quirogas abhängen, da sich alternativ im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2007 die Gründung einer neuen Partei unter seiner Führung abzeichnet. Die Bemühungen Quirogas, mit einem positiven Eindruck seine einjährige Amtszeit als Staatspräsident zu beenden, war in den Medien deutlich zu erkennen. Das Projekt „Tuto 2007“ hat schon begonnen.

■ Die Koalition: Verhandlungen und „Zwangsheirat“

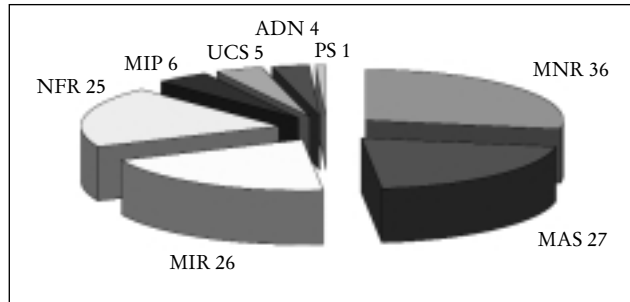
Entscheidend für die Stichwahl im Kongress (und die Regierungsfähigkeit) war die Bildung einer Koalition. Im Hinblick auf die möglichen Präsidenten Sánchez de Lozada und Morales wurden unterschiedlichste Rechenbeispiele unter Berücksichtigung der Zusammensetzung des Kongresses in den Medien vorgeführt. Auf Grund des kombinierten Verhältnis- und Mehrheitswahlrechts für Abgeordnete und Senatoren verfügt MNR insgesamt über 47 Parlamentarier, MAS über 35, MIR über 31. Die NFR ist mit 27 Mandaten vertreten, MIP mit sechs, ADN und UCS jeweils mit fünf und PS mit einem. Für die Stichwahl galt es, mindestens achtzig Stimmen zu bekommen.

Die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus und im Senat ist folgende:

■ Sitzverteilung Senat (27 Senatoren)



■ Sitzverteilung Abgeordnetenhaus (130 Abgeordnete)



Direkt nach den Wahlen, als der Präsidentschaftskandidat des MAS noch auf dem dritten Platz zu liegen schien, verkündete Evo Morales, dass seine Partei auf jeden Fall in die Opposition gehen und für kein Regierungsbündnis zur Verfügung stehen werde. Als sich dann abzeichnete, dass er auf den zweiten Platz vorrücken würde und damit Staatspräsident werden könnte, beharrte er zunächst auf seiner Position, in die Opposition gehen zu wollen. Anscheinend war das gute Wahlergebnis für den MAS selbst eine so große Überraschung, dass Morales zunächst vor dem Amt des Staatspräsidenten zurückschreckte. Dann wurden jedoch Stimmen laut, die besagten, dass noch nie in der Geschichte Boliviens ein *indígena* so nah vor dem Ziel gestanden habe, Staatpräsident zu werden, und dass diese Möglichkeit unbedingt ergriffen werden müsse.

Evo Morales hatte zunächst verkündet, dass er als Präsident u.a. sofort die Rückzahlung sämtlicher Auslandsschulden einstellen, die Militärbasen im Chapare schließen, weiter Koka pflanzen und eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen werde. Mit diesen Inhalten war es allerdings schwierig für ihn, einen Bündnispartner zu finden, da allgemein die Einstellung der internationalen, besonders US-amerikanischen Unterstützung für Bolivien befürchtet

wurde. MAS blieb daher schließlich ohne Partner für eine Koalition.

Am 25. Juli unterzeichneten Gonzalo Sánchez de Lozada und Jaime Paz Zamora ein Bündnis, den „Plan Bolivia: Gobierno de Responsabilidad Nacional“ (Plan Bolivien: Regierung der nationalen Verantwortung).⁷⁾ Damit wurde eine Regierungskoalition zwischen MNR und MIR vereinbart. Diese wurde bei der Stichwahl um das Präsidentenamt im Parlament von ADN und UCS unterstützt. Da die persönliche Abneigung der beiden Parteichefs von MNR und MIR eine allgemein bekannte Tatsache ist und Sánchez de Lozada bei der Pressekonferenz zur Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung gesagt hatte, dass er in den Verhandlungen mit Jaime Paz nicht auf der Suche nach einer „wilden Ehe“, sondern nach einer Heirat gewesen sei, bezeichnete das Wochenblatt *Pulso* das Bündnis als *matrimonio de urgencia* (Zwangsheirat) und zeigte auf dem Titelblatt eine Fotomontage mit „Goni“ als Bräutigam und Jaime Paz als Braut, deren Eheschließung vom US-amerikanischen Botschafter im Kostüm eines Priesters gesegnet wird.⁸⁾

Die Unterzeichnung des „Plan Bolivia“ beendete für den MNR die schwierige Suche nach einem Koalitionspartner. Nachdem der Nationale Wahlgerichtshof am 8. Juli das Ergebnis der gesamten Stimmenaushöhlung verkündet hatte, begannen sofort die Gespräche des MNR mit möglichen Bündnispartnern. Relativ schnell konnte sich die Partei der Unterstützung durch UCS und ADN (für die Präsidentenwahl) versichern, doch fehlte ein „großer“ Bündnispartner. Der MNR suchte dann eine Verständigung mit dem MIR. Diese Partei verkündete jedoch am 11. Juli ihren Entschluss, weder den MNR- noch den MAS-Kandidaten zu unterstützen, sondern vielmehr am 6. August ungültig abzustimmen und anschließend mit anderen Sektoren der Opposition aus dem Parlament heraus zu regieren.

Daraufhin wurden Gespräche mit der NFR, dem im Wahlkampf so heftig attackierten Rivalen, aufgenommen und Kommissionen zu den wichtigsten Themen gebildet, die eine Vereinbarung erarbeiten sollten. Am 21. Juli wurde das Scheitern der Verhandlungen wegen zu unterschiedlicher inhaltlicher Positionen verkündet. Die politische Unsicherheit

7) Zum Inhalt des Plans s. weiter unten. Gesamter „Plan Bolivia“ s. *La Razón*, 26. Juli 2002, S. A9.

8) *S. Pulso*, 3. Jg., Nr. 156, 26. Juli 2002, Titelblatt.

wuchs angesichts der Aussicht auf eine Regierung ohne Mehrheit im Parlament. Die Kirche, Unternehmerverbände und die US-amerikanische Botschaft riefen nochmals zur Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition auf. MNR und MIR verhandelten erneut und kamen schließlich zur Regierungsvereinbarung, dem zwölf Punkte umfassenden „Plan Bolivia“.

Nach Verkündung der MNR-MIR-Koalition am 25. Juli informierte Manfred Reyes Villa darüber, dass Jaime Paz ihn am Abend des 20. Juli, also einen Tag vor dem Scheitern der Verhandlungen zwischen MNR und NFR, aufgesucht und ihm vorgeschlagen habe, doch gemeinsam bei der Stichwahl für Evo Morales zu stimmen. Diesen Vorschlag hatte Reyes Villa angenommen und die eigenen Verhandlungen mit dem MNR scheitern lassen. Durch diesen Schachzug von Paz Zamora wurde der Posten des Bündnispartners wieder frei, den er dann auch sofort besetzte, und es kam zum Bündnis MNR-MIR. In der zweiten Verhandlungsrunde zwischen MNR und MIR war der Anteil an den Regierungsämtern, den MNR anbieten musste, nennenswert höher.

■ **Wahlkampf mit Überraschungen**

Der Wahlkampf beinhaltete verschiedene Überraschungen. Noch rund ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde allgemein davon ausgegangen, dass sich der Kampf um die Präsidentschaft zwischen den Kandidaten der beiden Parteien MNR, Gonzalo Sánchez de Lozada, und MIR, Jaime Paz Zamora, entscheiden würde. Dieses Panorama veränderte sich aber im Laufe des Wahlkampfes dramatisch.

Die Parteien hatten bis zum 21. April Zeit, ihre Listen mit Kandidaten für die Ämter von Präsident, Vizepräsident, Senatoren und Abgeordneten beim Nationalen Wahlgerichtshof einzureichen. Entscheidende Ereignisse, die das Wahlergebnis später beeinflussen sollten, geschahen bereits Monate vor der heißen Wahlkampfphase.

Im Januar 2002 wurde der Abgeordnete Evo Morales als erster einer kleinen Gruppe von Mandatsträgern aus dem Kongress ausgeschlossen; seine parlamentarische Immunität wurde ihm wegen der von ihm angezettelten Blockadeaktionen in den Jahren 2000 und 2001 und wegen „unethischen Verhaltens“

entzogen.⁹⁾ Die Antwort seiner Anhänger auf diese Maßnahme waren massive Proteste und Blockaden, die sich vom Chapare bis auf das Altiplano und in die Yungas ausdehnten. Die Blockaden wurden Ende Februar mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung beendet, mit der ein Dekret zum Verbot des Handels mit Kokablättern aus dem Chapare wieder aufgehoben wurde. Ergebnis des Mandatsentzugs von Evo Morales war letztlich ein stärkerer Zulauf von Anhängern, die in ihm die Symbolfigur für die Interessen der Kokapflanzer und gegen die Politik der Ausrottung der Koka und gegen den nach ihrer Auffassung zu starken US-amerikanischen Einfluss in Bolivien sehen.

9) Der Ausschluss wurde inzwischen vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben.

Der MNR verkündete im Februar als erste Partei offiziell die Kandidaten für das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt: Gonzalo Sánchez de Lozada und Carlos D. Mesa, Journalist und Unternehmer, Eigentümer der mehrheitlichen Anteile des Fernsehkanals P.A.T., der als Parteiunabhängiger die Kandidatur akzeptiert hatte. Carlos Mesa, dem ein guter Ruf vorausieht und der als glaubwürdig gilt, wurde als besondere Aufgabe im Falle des Wahlsiegs der Kampf gegen die Korruption, eines der größten Probleme des Landes, übertragen. Die Aufstellung von Carlos Mesa bescherte dem MNR zunächst einen Aufschwung in der öffentlichen Meinung.

Als Überraschung präsentierte sich im Februar der ehemalige Richter Costa Obregón mit einem Umfrageergebnis von rund 21 Prozent der Stimmen. Ihm war es gelungen, die weit verbreitete Unzufriedenheit der Bürger mit den politischen Parteien zu nutzen und mit dem Ruf nach einer Verfassungsgebenden Versammlung Zustimmung zu finden. Er äußerte noch im Februar, dass sein Ziel sei, bei den Wahlen die absolute Mehrheit zu gewinnen.

Anfang März wendete sich jedoch das Blatt: Costa Obregón fiel wegen mangelhafter Kommunikation und fehlender Inhalte in Umfragen auf unter zehn Prozent; als neuer Aufsteiger erschien Manfred Reyes Villa, der sich als Alternative zu den traditionellen Politikern präsentierte, den Wandel versprach und sich unter die ersten in der Wählergunst schob. Interessant ist an dieser Stelle, dass die Partei NFR zunächst an der Regierungskoalition unter Banzer (ADN, MIR, UCS, anfangs mit CONDEPA und

NFR) beteiligt war, sich aber im Zusammenhang mit dem „Wasserkrieg“ in Cochabamba vom Februar 2000 wegen ihrer undurchsichtigen Haltung aus der Koalition zurückziehen musste. Als Folge zerbrach das Abkommen zwischen Präsident Banzer und Reyes Villa, das die Unterstützung des NFR-Vorsitzenden bei den Präsidentschaftswahlen 2002 zum Inhalt gehabt hatte.

ADN wählte nach langer Ungewissheit den ehemaligen Bürgermeister von La Paz, Ronald McLean, zum Präsidentschaftskandidaten, und die Kandidatur von Evo Morales zeichnete sich ab. Jaime Paz schloss sich für viele unerwartet der Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung an und versuchte dadurch Stimmen politikverdrossener Wähler zu gewinnen, die zu den sogenannten Anti-System-Parteien abzuwandern drohten. Seine Partei MIR zeigte sich innerlich völlig zerstritten und konnte sich über die Listenaufstellung für Senatoren und Abgeordnete nicht einigen. Die Probleme gingen so weit, dass die Listen nur deshalb beim Wahlgerichtshof eingereicht werden konnten, weil wegen eines Stromausfalls beim Gerichtshof in letzter Minute die Frist um eine Stunde verlängert wurde.

Im April setzte sich der Anstieg der NFR fort. Der MNR begann eine Wahlkampfstrategie, in der das positive Image des „Für den Wechsel“-Kandidaten Manfred Reyes Villa, wegen seines Aussehens *el bombón* genannt, demontiert werden sollte. Ihm wurden Bereicherung während seiner Tätigkeit als Bürgermeister und Verbindungen zur Diktatur von García Meza vorgeworfen. Zunächst bewirkte die Kampagne allerdings genau das Gegenteil des Erwünschten: vielen Bürgern erschien Reyes Villa als das Opfer einer „Schmutzkampagne“; die Prozentzahlen des NFR-Kandidaten stiegen weiter.

Im Mai starb der an Krebs erkrankte Ex-Präsident Banzer, der im August 2001 sein Amt an Jorge Quiroga übergeben hatte. Die letzte ordentliche Sitzung des Kongresses der Legislaturperiode 1997 – 2002 fand statt, ohne dass die intensiv vorbereitete Verfassungsreform durchgeführt wurde. Indigene Gruppen kamen zu Fuß nach La Paz, um eine Verfassunggebende Versammlung zu fordern. Ihnen wurde versprochen, nach den Wahlen eine außerordentliche Sitzung des Parlaments einzuberufen und

über die Verfassungsreform abzustimmen, eventuell mit der Aussicht auf eine Verfassungsgebenden Versammlung.

Wenige Wochen vor der Wahl zeichnete sich bereits ein Ergebnis für MAS ab, das aufhorchen ließ. Kurz vor dem 30. Juni kündigte der US-amerikanische Botschafter bei einer öffentlichen Veranstaltung im Chapare, der Hochburg des Einflusses von Evo Morales, die Einstellung der Zusammenarbeit mit Bolivien und die Schließung US-amerikanischer Märkte für bolivianische Textilien und bolivianisches Gas für den Fall an, dass Kandidaten gewählt würden, die aus dem Andenstaat wieder ein wichtiges Exportland für Kokain machen wollten. Die Anspielung auf Evo Morales war deutlich genug. Letztlich hat dies wohl dazu geführt, dass Morales nochmals Aufwind und einen deutlichen Stimmenzuwachs durch Protestwähler erhielt und als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorging.

In den letzten Umfragen vor dem Wahltag zeichnete sich eine neue Tendenz ab: die führende NFR verlor und MNR gewann Stimmen. Anscheinend zeigte die Kampagne des MNR eine verspätete Wirkung, und ein Teil der Wähler war sich nicht mehr sicher, ob Manfred Reyes Villa wirklich einen positiven Wechsel bedeuten würde. Ferner hatte der MNR seine Schmutzkampagne beendet und Inhalte in den Vordergrund gestellt. Zentrale Wahlkampfaussage war die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die positive Tendenz für den MNR setzte sich in den Wahlen fort und führte, zusammen mit dem heftigen Aufwind für Evo Morales, zum – für viele überraschenden – Ergebnis.

■ **Das neue Parlament: unbekannte Gesichter, indigener und weiblicher**

Rund achtzig Prozent der Parlamentarier (123 von 157) sind neu gewählt, d.h. sind ganz neu im Amt oder waren zumindest nicht in der Legislaturperiode 1997 bis 2002 im Parlament. Die überwiegende Mehrheit der neuen Parlamentarier hat zum allerersten Mal ein parlamentarisches Mandat. Der Frauenanteil ist nun deutlich höher (18 Prozent) als im vorherigen Parlament (Senat: vier Prozent, Abgeordnetenhaus: zehn Prozent). Erstmals wurde eine Frau zur Senats-

präsidentin gewählt. Der Anteil an Vertretern indigener und ländlicher Bevölkerungsgruppen ist sehr stark angestiegen. Am 24. Juli ergab sich bei der Übergabe der Akkreditierungen an die neuen Abgeordneten und Senatoren ein deutlich farbigeres Bild als sonst, da viele in ihrer traditionellen Kleidung erschienen. Auch neue Sprachen sind ins Parlament eingezogen, vor allem Aymara und Quechua. Allgemein wird von einem repräsentativeren Parlament als in vorhergehenden Legislaturperioden gesprochen, da die verschiedenen Gruppen der bolivianischen Bevölkerung deutlich stärker als früher repräsentiert sind.

Zum ersten Mal sind im Parlament Parteien mit einem bedeutenden Prozentsatz vertreten, die ländlich, kleinbäuerlich und indigen geprägt sind, MAS und MIP. Die Einbindung in das parlamentarische Geschehen birgt enorme Chancen, wird aber angesichts radikaler Positionen auch Schwierigkeiten mit sich bringen. Da gerade die Bewegungen der Kleinbauern und der Kokapflanzer, die in den Parteien MAS und MIP vertreten sind, in den letzten Jahren durch Protestaktionen auf sich aufmerksam gemacht haben, ist mit einer starken und unerbittlichen Opposition zu rechnen. Diese wird sich möglicherweise nicht nur auf das parlamentarische Geschehen beschränken, sondern kann sich auch auf Proteste außerhalb des Parlaments mit Unterstützung der Basis ausdehnen. Durch die Teilnahme an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben die indigenen, kleinbäuerlichen und gewerkschaftlichen Gruppen das von ihnen kritisierte System genutzt, um zu mehr politischem Einfluss und zu parlamentarischer Vertretung zu gelangen. Nun liegt es an ihnen – wie an allen Parlamentariern –, dieses Mandat verantwortungsvoll zu nutzen, und an der Regierung und den Präsidenten der Kammern, für eine Integration in die parlamentarische Arbeit zu sorgen.

■ Der „Plan Bolivia“: Perspektiven für die neue Regierung

Der „Plan Bolivia“, die Regierungsvereinbarung zwischen MNR und MIR, stellt eine knappe und allgemein gehaltene Synthese aus den Wahlprogrammen „Plan de Emergencia“ (MNR) und „Plan Trabajo-Bolivia“ (MIR) dar:

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
2. Erarbeitung einer staatspolitischen Linie zur Nutzung und Vermarktung der Gasvorkommen
3. Überprüfung / Modifizierung der Privatisierungen, Auszahlung der Altersrente „Bonosol“
4. Agrarentwicklung
5. Verbesserung der Erziehung
6. Umsetzung einer umfassenden Krankenversicherung
7. Bau von Sozialwohnungen
8. Bekämpfung der Korruption
9. Verfassungsreform u.a. mit Einführung einer Volksabstimmung
10. Integration der indigenen Bevölkerung
11. Gleichberechtigung von Frauen, Jugendlichen und Senioren
12. Förderung der einheimischen Kultur

Der MNR konnte sich beim Thema Verfassungsreform mit seiner Weigerung, der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung zuzustimmen, wie sie von MIR, NFR, MAS und hauptsächlich von den beiden neuen, erfolglosen Parteien Libertad y Justicia und Movimiento Ciudadano para el Cambio gefordert wurde, durchsetzen.¹⁰⁾ Nachgeben mussten die Verhandlungsführer des MNR bis zu einem gewissen Grad beim Thema Privatisierung. Die Mechanismen der Kapitalisierung sollen überprüft werden, der eingestellte Eisenbahnverkehr soll z.B. unter bestimmten Bedingungen wieder aufgenommen werden.

Eine Rolle spielte in den Verhandlungen natürlich auch die Verteilung der Ministerien, Präfekturen und sonstiger Ämter. Von achtzehn Ministerien hat der MNR neun besetzt, der MIR erhielt sieben Ministerien und UCS und MBL (die bei den Wahlen ein Bündnis mit dem MNR eingegangen waren) jeweils einen Ministerposten. Von den neun Präfekturen (Verwaltungen der Departments) gingen fünf an den MNR und vier an den MIR. Das neue Kabinett sieht folgendermaßen aus:

10) Um eine Verfassungsreform durchzuführen, muss in Bolivien in einer Legislaturperiode ein Gesetz über die Notwendigkeit der Reform mit Inhalten verabschiedet werden (Ley de Necesidad de Reforma Constitucional). In der folgenden Legislaturperiode müssen dann die Reformen vom Kongress beschlossen werden. Die Ley de Necesidad wurde nach den Wahlen in einer außerordentlichen Sitzung des „alten“ Kongresses am 30. Juli mit Blick auf die Mehrheiten im „neuen“ Kongress verabschiedet. Vor den Wahlen war eine Verabschiedung des Gesetzes wegen fehlender Mehrheiten nicht möglich gewesen. Eine Einigung konnte erst im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen erzielt werden. So kam es zur Verfassungsreform „in letzter Minute“.

1	Präsidentenminister	Carlos Sánchez Berzaín	MNR
2	Innenminister	Alberto Werner Gasser Vargas	MNR
3	Verteidigungsminister	Freddy Teodovic Ortiz	MNR
4	Minister für Nachhaltige Entwicklung und Planung, zuständig für Koordination der Bereiche Wirtschaft und Soziales im Kabinett	José Guillermo Justiniano	MNR
5	Finanzminister	Javier Comboni Salinas	unabhängig (MNR-nah)
6	Minister für Wohnungswesen	Carlos Morales Landívar	MNR
7	Gesundheitsminister	Javier Torres Goitia Caballero	MNR
8	Minister ohne Geschäftsbereich, zuständig für Finanzdienstleistungen	Francisco Suárez Ramírez	unabhängig (MNR-nah)
9	Minister ohne Geschäftsbereich, zuständig für Gas und Erdöl	Fernando Illanes de la Riva	MNR
10	Außenminister	Carlos Saavedra Bruno	MIR
11	Minister für wirtschaftliche Entwicklung	Oscar Farfán Mealla	MIR
12	Landwirtschaftsminister	Arturo Liebers Baldivieso	MIR
13	Außenhandelsminister	Juan Carlos Virreira Méndez	unabhängig (MIR-nah)
14	Erziehungsminister	Isaac Maidana Quisbert	unabhängig (MIR-nah)
15	Arbeitsminister	Jaime Rolando Navarro Tardío	unabhängig (MIR-nah)
16	Minister ohne Geschäftsbereich, zuständig für Kommunalentwicklung	Hernán Paredes Muñoz	MIR
17	Justizministerin	Gina Méndez	UCS
18	Ministerin für Angelegenheiten der Kleinbauern und indigenen Bevölkerung, Frauen, Jugend und Senioren	Silvia Amparo Velarde Olmos	MBL

In der Regierungsmannschaft überraschen relativ viele neue und unbekannte Namen. Einerseits mögen die Parteien angesichts der allgemeinen Politikmüdigkeit und der Unzufriedenheit mit den altbekannten Gesichtern bewusst neue Persönlichkeiten ins Spiel gebracht haben, andererseits besagen Spekulationen, dass beide Regierungsparteien angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten mit einer Kabinetts-umbildung im kommenden Jahr rechnen und dafür einige Trümpfe in der Reserve behalten wollten.

Aus dem Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Planung wurde eine Art Superministerium, da hier auch die Koordination der Bereiche Soziales und Wirtschaft angesiedelt wurde. Der Minister, José Guillermo Justiniano, in der ersten Amtszeit von Sánchez de Lozada bereits Minister für Nachhaltige Entwicklung, ist dafür bekannt, dass er den Dialog und nicht die Konfrontation sucht. Immer neue Konsensfindung wird für die neue Regierung entscheidend sein.

Die MNR-MIR-Koalition hat zwar mit Hilfe der UCS im Abgeordnetenhaus und im Senat die absolute Mehrheit. Für bestimmte Entscheidungen ist allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Die Regierung wird also auf eine Zusammenarbeit mit der Opposition angewiesen sein, was voraussichtlich sehr problematisch – falls überhaupt möglich – sein wird.

Die Regierung unter Sánchez de Lozada wird eine Vielzahl von wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu lösen haben. Eine starke Regierungskoalition und effiziente Maßnahmen sind dringend notwendig, denn die Unzufriedenheit und die Erwartungen der Bevölkerung sind groß. Schwierig wird sowohl der Zusammenhalt der Regierungskoalition als auch der Umgang mit der Opposition sein. Eine dringende Aufgabe im Verhältnis der Regierung zu verschiedenen sozialen Gruppen liegt darin, aus dem Teufelskreis von „Protestaktionen – Versprechen – Nicht-Einhaltung von Versprechen – neuen Protestaktionen“ auszubrechen und zu einem konstruktiven Politikstil zu kommen.

Das Manuskript wurde am 12. August 2002 abgeschlossen.